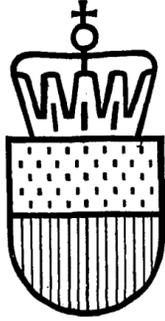


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 221 43, Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 213 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Uebrigas Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 221 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG. St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz - Samstag, 29. Juni 1963

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

97. Jahrgang — Nr. 96

Dr. Herbert Kleinschmidt:

Von Tagung zu Tagung

Mai und Juni sind die beiden Frühlingsmonate, die von grossen weltwirtschaftlichen Organisationen vor der sommerlichen Ruhepause für Arbeitstagungen bevorzugt werden. In dieser Zeit vergeht keine Woche, in der nicht wenigstens eine internationale Institution von Rang eine Versammlung abhält.

Neue Weltwirtschaftskonferenz

Noch ehe das Ministertreffen des GATT Ende Mai in Genf abgeschlossen war, wurde im Palais des Nations die zweite Session des Ausschusses eröffnet, der die «Konferenz der Vereinigten Nationen über den Welthandel und die wirtschaftliche Entwicklung» in der ersten Hälfte des nächsten Jahres vorzubereiten hat. Die UNO-Konferenz wird sich in der Hauptsache mit der Expansion des zwischenstaatlichen Warenverkehrs und deren Bedeutung für die ökonomische Entwicklung, mit internationalen Grundstoffproblemen und -Preisen sowie mit der Verbesserung des unsichtbaren Handels der Entwicklungsländer befassen. An der Ausschusssitzung, die bis Ende Juni dauerte, beteiligten sich 32 Mitgliedstaaten, darunter 20 unterentwickelte Gebiete. Bei den, grösstenteils auf beachtlichem Niveau stehenden, Debatten erwiesen sich die Delegierten der Entwicklungsländer als überraschend fachkundige und qualifizierte Sozialökonomien. Sie vermittelten nicht nur einen objektiven und klaren Einblick in die wenig versprechenden heimischen Handels- und Zahlungsbilanzverhältnisse, sondern verwiesen auch folgerichtig auf die unerlässliche Aenderung der Export- und Produktionsstruktur ihrer Länder. Dabei zeigte sich erfreulicherweise, dass sich immer deutlicher die Einsicht durchsetzt, dass es ohne eigene Initiative keinen wirtschaftlichen Fortschritt gibt. Der von ihnen erbetene Beistand der Industriestaaten soll sich denn auch vorwiegend auf die Stützung und Förderung der Selbsthilfe erstrecken. Die kommunistischen Vertreter vermochten sich dagegen, wie üblich bei derartigen Verhandlungen, propagandistischer Voten nicht zu enthalten. Sie warben für eine Intensivierung des Osthandels und forderten anstelle des GATT die Errichtung einer «universellen internationalen Handelsorganisation». Obwohl kaum zu erwarten ist, dass das GATT je durch eine derartige Institution ersetzt wird, glaubt man in UNO-Kreisen, dass man früher oder später der Grün-

derung einer neuen internationalen Handelsorganisation, die auch die kommunistischen Volksrepubliken einschliesst - dem GATT gehört aus dem Ostblock nur die Tschechoslowakei an - nicht ausweichen kann. Ihre Befugnisse dürften sich allerdings auf Konsultationen und die Ueberwachung getroffener Vereinbarungen beschränken. Im Verlauf der Session wurden schliesslich 3 Unterausschüsse geschaffen, die die dokumentarischen Unterlagen für den Kongress zusammenzustellen haben.

Lärm in der ILO-Session

Die 47. Arbeitskonferenz der ILO, der «Internationalen Arbeits-Organisation», die Anfang Juni ebenfalls im Palais des Nations eröffnet wurde, nahm einen ungewöhnlichen tumultarischen Verlauf. In die Jahresversammlung können die 108 Mitgliedstaaten - diesmal waren aber nur 102 anwesend - je 2 Regierungsvertreter und je einen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerdelegierten entsenden.

Einschliesslich der Berater nahmen etwa 1000 Personen teil. Nach der Wahl des nigerianischen Arbeitsministers Johnson zum Sessionspräsidenten standen der Bericht des Generaldirektors David A. Morse, der dieses Jahr dem Programm und dem Aufbau der ILO gewidmet war, die Erörterung von Berichten, Informationen und technischen Fragen über die Anwendung von zwischenstaatlichen Konventionen und Empfehlungen, die Prüfung und Verabschiedung des ILO-Budgets für 1964 in Höhe von 16,08 Millionen Dollar und die Erneuerung des Verwaltungsrates auf der Tagesordnung. Bereits bei der Debatte über den Bericht des Generaldirektors kam es zu einem ärgerlichen Zwischenfall. Nachdem sich der Arbeitgeberdelegierte der Südafrikanischen Republik zum Wort gemeldet hatte, beantragte Aegypten, ihn von der Aussprache auszuschliessen, weil sein Land die 1961 vom Plenum gefasste Resolution, die «Apartheid-Politik» aufzugeben, ignoriert hat. Da man sich nicht zu einigen vermochte, wurde die Sitzung abgebrochen, ohne dass Süd-

afrika gehört worden war. Als sich der Südafrikaner zwei Tage später anschickte, seine verhinderte Rede doch noch zu halten, trat der Nigerianer Johnson vom Präsidium - aus «Gewissensgründen», wie er sagte - zurück, während seine Rassen-Kollegen eine üble Lärmdemonstration vollführten, die von Schmährufen, wie «assassins», «criminels» etc., begleitet war. Nach einer neuerlichen Vertagung der Sitzung und zwischenzeitlichen Verhandlungen verlangten die Afrikaner die Einleitung eines Ausschlussverfahrens aus den Vereinigten Nationen gegen die Südafrikanische Republik. Gleichzeitig erklärten sie, die 47. Arbeitskonferenz und Genf unverzüglich verlassen zu wollen. Dem Exodus der 32 afrikanischen Delegationen schlossen sich auch diejenigen Iraks, Jordaniens, Kuweits, des Libanon und Syriens sowie einiger anderer Länder an. Ihre Deklarationen fanden die jubelnde Zustimmung der Kommunisten.

Das Verhalten der Afrikaner war natürlich ungebührlich und stand im Widerspruch zur ILO-Verfassung. Bei allem Verständnis für die Beseitigung der Rassendiskriminierung sind derartige illegale Aktionen zur Durchsetzung selbst berechtigter Forderungen als untaugliche Mittel zu verurteilen. Diese Ansicht vertrat auch Generaldirektor Morse, der die Rebellierenden ermahnte, die Charta der ILO zu respektieren und den viel wirksameren gesetzmässigen Weg zu beschreiten; er fand jedoch kein Gehör. Vermutlich ist das Vorgehen auf Abmachungen anlässlich der jüngsten afrikanischen Gipfelkonferenz in Addis Abeba zurückzuführen, und es bleibt zu befürchten, dass sich ähnliche Demonstrationen bei künftigen internationalen Konferenzen wiederholen werden.

Die BIZ berichtet

Die BIZ, die «Bank für Internationalen Zahlungsausgleich», an der 26 westliche Notenbanken und Bankengruppen beteiligt sind, hielt am 10. Juni in Gegenwart zahlreicher Vertreter weltwirtschaftlicher Organisationen - u.a. des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der OECD, der EWG, der EFTA, der Montanunion und der Internationalen Handelskammer - in Basel ihre 33. Generalversammlung ab.

Das Institut dient in der Hauptsache der Zusammenarbeit der nationalen Zentralbanken und in diesem Rahmen der Stabilität der Währungen und, wie ihr Name schon andeutet, dem Ausgleich von benötigten und angebotenen Devisen. Anlässlich der Generalversammlung legt

Mitteilungen des Pressedienstes der fürstlichen Regierung

Von der Fürstlichen Kabinettskanzlei wird uns mitgeteilt, dass Seine Durchlaucht der Landesfürst an die anlässlich der Krönung Seiner Heiligkeit Papst Paul VI. stattfindenden Feierlichkeiten als seine Vertreter, Seine Durchlaucht Prinz Georg von Liechtenstein und dessen Gemahlin Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Marie-Christine von Liechtenstein delegiert hat. Ihre Durchlauchten werden von Herrn Gesandtschaftssekretär Dr. Hilbe begleitet.

Gemäss einer Mitteilung der liechtensteinischen Fremdenpolizei hat die kanadische Regierung beschlossen, die Visumpflicht für liechtensteinische und schweizerische Staatsangehörige für Touristenaufenthalte, die drei Monate nicht übersteigen, aufzuheben. Diese Regelung wird am 1. Juli 1963 in Kraft treten.

die BIZ regelmässig ihren Jahresbericht vor, der neben einer Orientierung über Tätigkeit und Abschluss der Bank weitausholende und wertvolle Angaben über die Entwicklung der Weltwirtschaft enthält. Bericht und Präsidialadresse - gegenwärtig führt der holländische Notenbankgouverneur Dr. Holtrop den Vorsitz im Verwaltungsrat der Bank - bilden jeweils die Grundlage einer eingehenden fachlichen Aussprache unter den anwesenden Experten. Auch in diesem Jahr setzt sich der Bericht mit den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen in Europa und Amerika und monetären Vorgängen in der Welt auseinander. Ein besonders instruktives Kapitel ist den Theorien zum internationalen Liquiditätsproblem gewidmet, das bereits auf der letzten Hauptversammlung der Bretton-Woods-Institute im Mittelpunkt der Erörterungen stand.

Die wichtigsten Folgerungen, die aus den ökonomischen Ereignissen der vergangenen Jahre zu ziehen sind, kreisen nach den Schlussbetrachtungen des Berichtes und den Worten von Präsident Holtrop im wesentlichen um drei zentrale Anliegen. Erstens: Die ökonomischen Probleme des europäischen Kontinents beruhen auf dem Preisauftrieb und den stark übersetzten Lohnerhöhungen. Solange die Löhne mehr als doppelt so rasch wie die Produktivität steigen, sind kaum Anzeichen für eine Abschwä-

Nachdem die Seuche endlich überstanden war kamen die Nachwirkungen, die für viele Bauern schwerwiegende Probleme aufwarfen. Da während der Seuchenzeit der ganze Viehhandel eingestellt werden musste, galt es, am Ende des Krisenjahres, rund 800 Tiere mehr als in anderen Jahren zu überwintern. Naturgemäss machte sich im Frühjahr 1914 ein allgemeiner Fütterungsmangel bemerkbar, der den Landtag veranlasste eine Kommission zur Beschaffung von Futtermitteln aus dem Ausland zu bestellen. Die angekauften Futtermittel wurden den Bauern dann zu sehr verbilligten Preisen überlassen.

Erst im Monat Mai wurden wieder Gesundheitsscheine ausgestellt und die ersten Viehverkäufe konnten getätigt werden. Besonders Tiroler Viehhändler waren es, die die ersten Käufe nach der Seuche im Lande tätigten. Allerdings lagen die Preise äusserst tief, sodass man gute Kühe, die normalerweise rund 600 Kronen wert waren um 100—150 Kronen verkaufen musste.

50 Jahre sind seit dieser Zeit vergangen, 50 Jahre der Entwicklung und des Fortschrittes, auch für den Landwirt. In einem kleinen Rückblick wollte ich die grossen Leiden und Nöte aufzeigen, die ein Seuchenausbruch oder eine Missernte über ein Land und über einen Bauernstand bringen konnten, wie sie heute kaum mehr denkbar wären.

Krisenjahr 1913

von Franz Verling, Vaduz

Wie sich die älteren Bauern bestimmt noch erinnern können, war das Jahr 1913 für Liechtenstein das schlimmste Jahr in diesem Jahrhundert. Im währsten Sinne des Wortes bewahrheitete sich damals die Zahl 13, die bei den Altvorderen als Unglückszahl bekannt war.

Schon früh im Jahre setzte der Lenz ein und Anfangs April standen die Obstbäume bereits in schönster Blüte und versprachen eine vorzügliche Ernte. Dann kam der 5. April und das Wetter schlug urplötzlich um, es fiel Schnee bis ins Tal und am 8. April setzte ein gewaltiger Frost ein, bei dem bis zu minus 4 Grad gemessen wurden.

Die üppige Blütenpracht sah in den Tagen darauf wie versengt aus und als am 17. April erneut der Winter hereinbrach und Frostkälte bis zu 3 Minusgraden ins Land trug, waren auch die letzten Hoffnungen für eine gute Ernte zerschlagen. Sowohl die Obsterte wie die Rebbestände, die damals schon lange Triebe hatten, waren in kürzester Zeit vernichtet.

Ein Unglück kommt selten allein. Das kalte Wetter dauerte auch im Sommer an. In den Alpen fiel Neuschnee (bis auf 1200 m) und im Tal regnete es unaufhörlich. Aufzeichnungen ergaben für die Zeit von Mitte Juni bis Mitte Juli lediglich 6 regenfreie Tage. Der Regen,

der noch bis Ende August dauerte, wirkte sich auch auf die Ackerkulturen aus. Mais- und Kartoffelernte fielen äusserst schlecht aus und Kornfelder gab es damals noch sehr wenige.

Das grosse Unglück, das schon durch die ungewöhnlich schlechte Witterung über unsere Landwirte hereingebrochen war, artete zu einer Katastrophe aus, als einige Tage nach der Alpauffahrt die Maul- und Klauenseuche auf der Alpe Gapfal ausbrach. Da unsere Nachbargebiete, Vorarlberg, Werdenberg und die Herrschaft damals schon arg verseucht waren, nimmt man an, dass die Seuche aus Fläsch eingeschleppt wurde, wo zu diesem Zeitpunkt schon 10 Ställe verseucht waren. Später stellte man die Seuche auch in einer 100 Stück grossen Herde bei Balzers fest, während sie sich auch in den Alpen mit grosser Geschwindigkeit verbreitete. Wie ein Geist tauchte sie nacheinander auf Valüna, Sükka, dem Aelpele, dem Stachler und auf Guschg auf. In kurzer Zeit waren auch die drei Valorsch und die Alpe Lawena verseucht. Die Balzner trieben ihr Vieh in den ersten Augusttagen von Guschgfeld und Guschgle wieder ab und bestiesse die Alpen Lida und Mälsnerholz wo dann einige Tage später die Seuche ebenfalls festgestellt wurde. Anfangs Oktober stellte sich der Stallfeind auch in Triesen und Vaduz ein.

Ende Oktober gab es in Vaduz bereits 20 verseuchte Ställe von wo aus die Seuche auch

auf den Triesenberg, Silum und das Berger Malbur übergriff, auch Schaan hatte damals gegen 20 verseuchte Anwesen.

Ende Dezember stellte man im Vaduzer Städtle bei einem 20 Stück starken Viehbestand zum letzten Mal das Auftreten der Seuche fest und Triesenberg meldete die letzten Fälle Ende Januar 1914. Im Februar 1914 wurde die Maul- und Klauenseuche amtlich als erloschen erklärt.

Infolge der grossen Schneefälle hatte das kranke Vieh in den Alpen, wo es damals noch kaum Ställe gab, schwer gelitten. Soweit es möglich war führte man vom Tal aus Heu in die kranken Gebiete und stellte den einzelnen Alpen Pflegepersonal zur Verfügung. Desinfektionsmittel gab es damals noch kaum.

Als altes Bauernmittel wurde Brantwein als Desinfektionsmittel für die kranken Klauen bereitgestellt. (Der Brantwein soll sich aber beim Pflegepersonal mehr ausgewirkt haben als bei den verseuchten Tieren.)

Abgesehen von Schadenfällen, besonders bei frisch gealpten Kühen, die die Viehversicherungen der damaligen Zeit schwer belasteten, wurden die erkrankten Tiere im ganzen Lande durchgeseucht. Die betroffenen Ställe wurden mit einer Bretterwand eingefriedet und der Viehbesitzer durfte den Stall während 3 Monaten nicht mehr verlassen. Nach dem Erlöschen der Seuche wurden alle Ställe gründlich desinfiziert.